JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 15 | Bremen, den 15. August 1930 | 2. Jahrgang

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG
BREMEN
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich
Nr. 15 Bremen, den 15. August 1930 2. Jahrgang

In der Stadt der Marannen.

Reisebrief aus Oporto.

Von Rabbiner Dr. Felix Aber.

Mit größter Spannung hatten wir dem Einlaufen des Schiffes in den Hafen von Porto entgegengesehen. Erwarteten wir doch hier die Begegnung mit einem Manne, dessen Namen die Geschichte des Judentums sicherlich treu bewahren wird. Mit Arthur Carlos de Barros Basto, dem Führer der Marannen, wollten wir zusammentreffen. Sein Werk kennenzulernen, waren wir begierig.

Jahrhunderte waren vergangen, seitdem die fanatische Grausamkeit der Inquisition Tausende von Juden gezwungen hatte, den Katholizismus anzunehmen, um dem Tode auf rauchenden Scheiterhaufen oder dunklen Kerkern zu entgehen. Generation auf Generation war gefolgt; eingegliedert hatten sich diese Marannen dem Schein nach in die vom Katholizismus geformte Gesellschaft der Umwelt. In alle Berufe waren sie eingedrungen und in allen Ständen waren sie zu finden. Und dennoch vergaßen sie ihre jüdische Abkunft nicht. Pessach und Jaum Kippur in unterirdischen Gemächern geheimnisvoll gefeiert, durch tausend listige Maskierungen vor der Umwelt verhüllt, gemahnten Geschlecht auf Geschlecht an seine jüdische Abkunft.

Nun ist dieser unterirdische Strom wieder zum Durchbruch gekommen und der Mann stand vor uns, dessen geniale Tat es war, die Marannen zum stolzen Bekenntnis des Judentums zu ermutigen. Ehrenpreis in seinem Werke: „Das Land zwischen Orient und Okzident“ hat in rühmenden Worten auf diesen portugiesischen Kapitän und sein Werk hingewiesen. Der Direktor des großen Militärgefängnisses von Porto war vom Schicksal berufen, der seelische Befreier seiner Schicksalsgenossen zu werden.

„Wie wurden Sie sich Ihres Judentums bewußt?“, war eine der ersten Fragen, die ich auf der Fahrt vom Schiff zur Stadt an de Basto richtete. „In den letzten Tagen seines Lebens,“ so erwiderte er mir, rief mein Großvater mich zu sich und prägte mir, dem vermeintlichen Katholiken, die Worte: Schema Israel ein und bedeutete mir, daß mein Vater mir einst ein großes Geheimnis anvertrauen würde, das treu zu wahren ich ihm versprechen sollte. So wurde er sich allmählich seines Judentums bewußt, vertiefte sein Wissen und als er viele seinesgleichen fand, ging er daran, in den Bergen Braganzas und in Porto die zum Judentum zurückkehrenden Marannen in Gemeinden zu organisieren.

Das erste, was wir in Porto sahen, war die im Bau befindliche Synagoge. Sie soll ein imposanter Bau werden und durch ihr Vorhandensein der Bevölkerung gegenüber bekunden, daß der böse Traum des Marannentums, der Jahrhunderte lang gewährt, zerronnen sei und die Urenkel der Opfer der Inquisition die unverwüstliche Lebenskraft des Judentums zu bezeugen gewillt seien. Wenn irgendwo ein imposanter Synagogenbau gerechtfertigt ist, so hier. Erhofft doch der mutige Mann, daß Hunderte, wenn nicht Tausende von Marannen seiner Gemeinde sich anschließen werden.

Unter solchen Gesichtspunkten ist man auch an den Bau gegangen. Der Teil des Baues, der bereits steht, wird einst, wenn das ganze Werk vollendet sein wird, lediglich die Vorhallen darstellen, bestimmt, die Verwaltungsräume und Lehrsäle, ferner eine Mensa und die dazu gehörige Küche, einen Unterkunftsraum für Durchwanderer und die Mikwa aufzunehmen. Jetzt wird hier eine provisorische Synagoge untergebracht, die man zu den kommenden Feiertagen schon in Gebrauch nehmen zu können hofft. Allein dieser Vorbau würde bereits ein stattliches Bauwerk darstellen. Schon sieht man hinter ihm die Umrisse, die die Größe der geplanten Synagoge erkennen lassen. Hoffentlich fließen aus aller Welt die Mittel reichlich genug, um die Vollendung des Werkes zu gewährleisten.

Unser Weg führte dann zu der neu erstandenen „Jeschiba“. de Barros Basto will hier eine junge Lehrergeneration für die neue Bewegung ausbilden. Noch sind es nur wenige, dem Kindesalter kaum entwachsene Knaben, die hier eine Internatserziehung genießen. Aus ihren Augen leuchtet Begeisterung für das Judentum und obwohl sie erst wenige Monate Unterricht genossen haben, sind ihre Fortschritte erstaunlich. Der vielbeschäftigte de Barros Basto, der für die Marannen im Lande eine eigene Zeitschrift Ha Lapid, die Fackel, nicht nur redigiert, sondern fast ganz selbst schreibt, fand noch Zeit, die Kinder zu unterrichten, bis er einen geeigneten jungen ostjüdischen Lehrer fand. In Kürze soll ein junger Rabbiner, aus Saloniki stammend, und in Amsterdam herangebildet, sein Amt als erster Rabbiner in Porto seit Jahrhunderten antreten. So edler Idealismus und so heilige Begeisterung fordert einen tüchtigen Führer.

In einem anderen Raum des Hauses ist die vorläufige Synagoge untergebracht. Der Oraun hakaudesch birgt einen kostbaren Schatz. Es ist eine Thorarolle, die 1498 bei der Vertreibung von den portugiesischen Juden in die Fremde als kostbares Gut mitgenommen wurde und die die portugiesische Gemeinde in London, in deren Besitz sie sich zuletzt befand, der jungen Marannengemeinde wieder zum Geschenk machte.

Im benachbarten Sekretariat zeigte uns Barros Basto ein Buch ganz anderer Art: das Reglement der Inquisition. Erschauernd vernehmen wir die unmenschlichen Bestimmungen über die grausamen Folterungen, denen die Märtyrer von einst ausgesetzt waren. Thora und Inquisitionsreglement bekämpften sich auf das erbitterste. 1498 und später triumphierte die Inquisition, doch die vertriebene Thora ist ins Land zurückgekehrt, Siegerin ist sie über den finsteren Haß des Mittelalters geblieben.

Und dann weilen wir in dem gastlichen Hause Kapitän de Barros Bastos und hören, während der Hausherr die für die Marannen von ihm verfaßten Legenden und Schriften uns zusammenstellt, von seiner Gattin und von seinem treuen Helfer, Manasse Kupszynsky, von der unermüdlichen Arbeitskraft und den kühnen Plänen dieses geborenen Führers.

Wie im Fluge verrinnt die Zeit. Die letzte Stunde ist einer Rundfahrt durch das malerische Porto gewidmet. Unser kundiger Führer läßt das jüdische Porto von einst erstehen, zeigt uns inmitten des lebendigen Betriebes, wo einst die Ghettis lagen, und er bezeichnet die Kirchen, die früher Synagogen waren. Als er auf das Gelände weist, wo vor Jahrhunderten der jüdische Friedhof sich befand, frage ich ihn nach dem Bes Hakworaus der neuentstehenden Gemeinde. Lachend erwidert er mir: „Es ist vor-

läufig verboten zu sterben, man soll zu uns kommen, um zu leben." Unbewußt hat er damit sein eigenes Werk gekennzeichnet. Die alte Quelle des Lebens hat er den Seinen wieder erschlossen.

Beim Scheiden sagt Manasse zu uns: „Wir brauchen Geld zu unserem Werke, aber noch nötiger brauchen wir die lebendigen Sympathien unserer Brüder in der Welt, damit die zurückkehrenden Marannen und wir mit ihnen empfinden: Bürge ist in Israel einer für den anderen"

Aufsaugung oder Selbstbehauptung.

Zu Rudolf Kaulla: Der Liberalismus und die deutschen Juden.

Von Erwin Baer-Frankfurt a. M.

In seiner lesenswerten, wenn auch in vielem angreifbaren Studie: „Der Liberalismus und die deutschen Juden"*) kommt Rudolf Kaulla auf zwei soziologische Erscheinungen des deutschen Judentums zu sprechen: die Aufsaugung durch die Umwelt und die Selbstbehauptung.

Die Aufsaugung durch die Umwelt ist Kaulla eine zwangsläufige Folge der Emanzipation, beabsichtigt von deren nichtjüdischen Urhebern. Der Liberalismus ist die Ursache dieses Auflösungsprozesses: einerseits, indem er die Schranken niederriß, die die Juden politisch und gesellschaftlich von ihrer Umgebung trennten, andererseits, indem der politische Liberalismus, den die Juden aus sozialen Gründen freudigst begrüßen mußten, auch auf ihre religiöse Gesinnung Einfluß nahm. Relative Bewertung aller Bekenntnisse, also auch des eigenen, als Folgerung der Toleranz, Abstreifen der verbindlichen Autorität des Religionsgesetzes sind die Erscheinungen des religiösen Liberalismus, deren Folge das Verlassen des Judentums sein muß.

Einige Erscheinungen mögen diesen Prozeß hemmen: Pietät, Rücksicht auf orthodoxe Angehörige, von denen man sich nicht trennen will, das Verschmähen der mit der Taufe verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile, um den Anschein zu vermeiden, sie aus diesen Gründen angenommen zu haben, Rassenantisemitismus. Aber überall, wo diese Momente nicht mehr wirken, also beim Aussterben der orthodoxen Familienangehörigen, auf die man Rücksicht nahm, beim Wegzug in eine neue Umgebung, wo man keine derartigen Bindungen mehr hat, durch die politische Entwicklung Deutschlands, die mit einer Bevorzugung der Täuflinge Schluß machte, bei einem Abebben der völkischen Wellen, gehen die Betreffenden dem Judentum verloren.

Nur eine Erscheinung macht Kaulla zu schaffen, die er sich nicht erklären kann und die in sein Bild nicht hineinpaßt: Die gleichen Juden, die zu dieser Entwicklung verdammt sind, die den Glauben an die in Gott begründete absolute Autorität des gesamten Wortlautes der jüdischen Lehre verloren haben, die aber auch von einem nationalen Judentum nichts wissen wollen, gegen andere Bekenntnisse, ja selbst den Atheismus, von weitgehendster Toleranz sind, verdammen mit besonderer Schärfe den Uebertritt zum Christentum.

Dabei besteht zwischen ihrem Glauben und dem liberalen Protestantismus kein Unterschied: Nach Aufgabe der Autorität der Dogmen hier und der Vorschriften dort bleibt bei beiden nur noch der Glaube an Gott übrig. Die liberalen Protestanten bedienen sich, um die Gottesidee zu erkennen, des konkreten Beispiels der Person von Jesus, die liberalen Juden aber lediglich abstrakter Vorstellungen. Warum verargen sie es demjenigen, der jenen menschlich näherliegenden Weg der Gotteserkenntnis wählt, wenn er zur Taufe schreitet, die es ihm nicht verargen würden, wenn er gar nichts glaubte? Was wollen sie denn aufrecht erhalten, denen weder am Primat des jüdischen Gesetzes noch dem der jüdischen Nation gelegen ist?

Die Beantwortung dieser Frage ist tatsächlich die Antwort darauf, ob die überwiegende Mehrheit im deutschen Judentum die soziologischen Kräfte aufweist, dem zuerst geschilderten Prozeß der Aufsaugung zu widerstehen und den dauernden Bestand der Gemeinschaft sicherzustellen. Denn nicht nur den liberalen Juden, die etwa durch den Besuch einer Synagoge nach liberalem Ritus oder durch das Stimmen für eine liberale Gemeindewahlliste gekennzeichnet sind, ist sie gestellt, sondern links von ihnen allen bis zu den religiös Indifferenten und rechts von ihnen allen bis zu denen, die den jüdischen Gesetzen aus Liebe und Pietät, nicht aber aus dem Glauben ihrer von Gott bestimmten Alleingültigkeit gegenüber allen Dingen des Lebens folgen, sie alle, sofern sie nicht den Willen haben, die Zugehörigkeit zur deutschen Nation durch die zur jüdischen zu ersetzen, betrifft diese Frage, sei es in der ersten, sei es in einer späteren Generation.

So haben wir zu untersuchen: Was verbindet alle diese Menschen? Scheiden wir die Eigenschaft der gemeinsamen Vergangenheit aus. Sie allein ist kein Grund, bei einer Gemeinschaft zu verbleiben, sonst könnte nie und nirgends ein Uebertritt stattfinden. Für die Frage der Aufsaugung oder Selbstbehauptung ist nicht das woher, sondern das wohin entscheidend.

Wäre das Verurteilen der Taufe die einzige Funktion des jüdischen Selbstbehauptungswillens, die Pietät das einzige Motiv, so müßte man Kaullas Diagnose recht geben. Tatsächlich aber löst dieser Selbstbehauptungswille ganz andere Kräfte aus: Die Fülle der Opfer, die der einzelne Jude der jüdischen Gemeinschaft bringt, auf die Dauer seines Lebens zu bringen gewillt ist und von seinen Nachkommen wünscht.

Es sind Opfer an Geld: Im Mindestmaß bestehen sie aus der von der Gemeinde zwangsmäßig erhobenen Steuer. Neben ihr werden von der überwiegenden Mehrheit freiwillige Ausgaben geleistet: an die Gemeinde z. B. für den Synagogenplatz, an besondere Organisationen, wie Anstalten, Kassen, Logen, Vereine und für Einzelveranstaltungen: Vorträge, Bücher, Zeitungen, Konzerte jüdischen Inhalts.

Und es sind Opfer an Zeit: Von der Teilnahme am vorgeschriebenen Religionsunterricht oder an einzelnen Zeremonien, etwa Bestattungen, an bis zum lebenslänglichen „Lernen" und Lehren und regelmäßigem Besuch aller Gottesdienste, von der vereinzelten Lektüre jüdischer Zeitschriften und Beteiligung an Gemeindewahlen bis zur ehrenamtlichen Mitarbeit in Aemtern der Gemeinde und der vielen freiwilligen Gremien.

Und schließlich sind es Opfer an Lebensfreuden und Genüssen: Alle persönlichen Anfeindungen, denen man entgehen könnte, wenn man nicht zur jüdischen Gemeinschaft gehörte, alle wirtschaftlichen Einbußen und sozialen Zurücksetzungen, jeder Verzicht auf eine Mischehe oder auf eine Handlung, die dem Eigennutz dient, aber von der Gemeinschaft mißbilligt wird oder ihr Ansehen schmälern könnte, gehört hierher.

Alle diese stetig und tief ins Leben eingreifenden Opfer werden gebracht, um der jüdischen Gemeinschaft zu ermöglichen, Einrichtungen zu unterhalten, die sich von ähnlichen Einrichtungen der Umwelt durch besondere Formen und besonderen Inhalt unterscheiden, und die ihrem umgrenzten Personenkreis dienen, der sich durch ihren Gebrauch von der Umwelt scheidet: Einrichtungen auf dem Gebiete des Gottesdienstes, des Unterrichts der Jugend, der Bildung der Erwachsenen, der Bestattung der Toten, der Fürsorge für Arme und Kranke, Kinder und Greise, der Förderung der Wissenschaft und Kunst, des Schutzes gegen Gefahren und Anfeindungen von außen, die den Angehörigen der Gemeinschaft drohen usw.

Der Sinn dieser Opfer und das Bedürfnis ihrer Zwecke, diese soziologischen Tatsachen, lassen sich mit theologischen Gründen nicht widerlegen.

Mag der liberale Protestantismus einen ebenso reinen Monotheismus kennen wie das Judentum, mag die theoretische Ethik des Christentums sich im wesentlichen nicht von der des Judentums unterscheiden: Sinn der Gemeinschaft ist die Erfüllung bestimmter Aufgaben im diesseitigen Leben, die — soziologisch ausgedrückt — sie sich gesetzt hat, oder — theologisch ausgedrückt — Gott ihr gesetzt hat. Daß diese Aufgaben von Wurzel an für das Judentum anders gesetzt sind als für das Christentum, das mag Kaulla in Dienemanns „Judentum und Christentum" nachlesen. Hier wird gerade vom theologischen Standpunkt gezeigt, daß im Judentum und Christentum die Auffassung von Gott die gleiche ist, nicht aber die vom Menschen. Damit kann die jüdische Moral mit der christlichen Moral nicht identisch sein.

Darüber kann auch die vom Liberalismus, aber nicht weniger auch von der Orthodoxie bejahte Toleranz nicht hinweghelfen. Worin auch immer die Richtungen des Judentums sich unterscheiden mögen, im Begriff der Toleranz gegenüber Andersgläubigen tun sie es nicht. Diese Toleranz räumt ein, daß die Anhänger jeden Bekenntnisses zu Gott als solche in ihrer Religiosität und ihrer Moral nicht geringer zu bewerten sind als die Juden in ihrer. Sie schließt aber nicht aus, daß den Juden historisch bestimmte Aufgaben gestellt sind, die sich von dem historischen Wirken anderer Gemeinschaften wesentlich unterscheiden. Sie schließt nicht aus, die Ueberzeugung zu vertreten, daß der Jude, der sich der jüdischen Gemeinschaft entzieht, sich damit der *ihm* gesetzten historischen und ewigen Aufgabe entzieht.

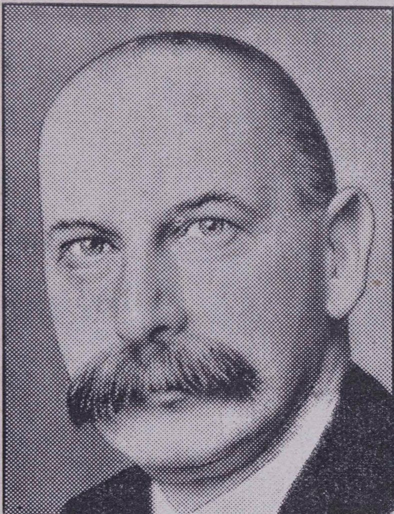
Solange sich die Juden dieser Aufgabe bewußt sind und solange sie hierfür die Opfer auf all den Gebieten, die wir vorhin skizziert haben, bringen, solange brauchen wir Kaullas Diagnose auf Auflösung der nichtorthodoxen und nichtnationalen Teile des deutschen Judentums in seiner Mehrheit nicht anzuerkennen. Wohl aber eine Sorge ruft sie wach: daß immer noch, wenn auch nicht so stark wie in vergangenen Zeiten, wertvolle jüdische Menschen vorhanden sind, die, von jüdischem Erbgut zehrend, sich der jüdischen Sonderaufgaben, der jüdischen Mission in der Welt nicht mehr bewußt sind. Ein Beispiel für solche Menschen, an das unausgesprochen die besprochenen Ausführungen immer wieder erinnern, war Walther Rathenau, in dessen „Streitschrift vom Glauben" wir ganz ähnliche Gedankengänge finden.

Aufgabe der jüdischen Gemeinschaft ist es, in allen ihren Teilen die Kenntnis des Judentums und seiner eigenen Art und die Liebe zu ihm so zu stärken, daß eine Fragestellung wie die diesen Ausführungen zugrunde liegende von keiner Seite mehr zu erfolgen braucht.

*) München, Duncker u. Humblodt.

Die Trauer um Ludwig Haas.

Das am Sonnabend, den 2. August, nachmittags, in Karlsruhe erfolgte Ableben des deutschen demokratischen Führers Ludwig Haas, Mitglied des Reichstags, hat die republikanischen Kreise Deutschlands in Trauer versetzt. Seit der Jahreswende lag Ludwig Haas schwerkrank darnieder. Seine politische Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der demokratischen Fraktion des Reichstags hatte seitdem geruht. Doch stand er bis zuletzt mit der Leitung der Deutschen Demokratischen Partei brieflich



in Fühlung. Er hatte dem Parteivorsitzenden Koch-Weser mitgeteilt, daß sein Gesundheitszustand ihm eine ernste Spitzenkandidatur in seinem Wahlkreise Thüringen nicht gestatte, er hatte sich aber bereit erklärt, auf der Reichsliste zu kandidieren.

Dr. Ludwig Haas wurde am 16. April 1875 in Freiburg geboren, hat also ein Alter von 55 Jahren erreicht. Er war einer der angesehensten Rechtsanwälte in Karlsruhe, seit 1912 gehörte er dem Reichstag an. Bei Kriegsausbruch ging er als Freiwilliger ins Feld und erwarb an der Front sehr bald das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse. In den letzten Kriegsjahren war er eine Zeitlang Leiter des jüdischen Dezernats bei der deutschen Zivilverwaltung in Polen. 1918 war er in der badischen „vorläufigen Volksregierung" Minister des Innern und Staatsrat. 1919 wurde er in die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, später wieder in den Reichstag gewählt. Er wurde einer der aktivsten Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Er gehörte dem Hauptvorstand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an und stritt bei jeder sich bietenden Gelegenheit für jüdische Ehre und jüdische Bürgerrechte.

Nachrufe der führenden deutschen Presse.

Die führende deutsche Presse widmet Ludwig Haas ehrende Nachrufe.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Allen demokratischen Menschen Deutschlands, über die Parteigrenzen hinaus, allen überzeugten Gesinnungsdemokraten wird das Scheiden von Ludwig Haas in diesem Augenblick schmerzlicher sein und bangere Sorge erwecken, als das zu anderer Zeit der Fall wäre. Vielen deutschen Menschen wird er in seiner selbstlosen Hingabe, in seinem leidenschaftlichen Bekenner- und Kämpfer- und Wirkungswillen für den deutschen Volksstaat, für sein und unser Vaterland, ein lebendiges Vorbild bleiben. Ludwig Haas war Jude, liberaler Jude, stark seines Judentums sich bewußt. Für sein Bewußtsein war es keine gewaltsam hergeholte historische Konstruktion, wenn er immer wieder daran erinnerte, daß ein Großteil der deutschen Juden seit tausend Jahren mit diesem Boden, vornehmlich dem Boden der deutschen Rheinlande im weitesten Sinn, verbunden und verwachsen ist, und daß selbst die im Mittelalter aus Deutschland vertriebenen Ostjuden an ihrer damaligen deutschen Sprache (eben an der mittelalterlichen Form des Jiddisch) treuer festgehalten haben als viele nichtjüdische deutsche Auswanderer es fertig brachten.

Im „Berliner Tageblatt" schreibt Ernst Feder: Mit Ludwig Haas scheidet einer der besten aufrechten Männer, einer der reinsten und vornehmsten Persönlichkeiten der republikanischen Demokratie. Für diesen Mann, dem die Demokratie nicht nur Sache des Gedankens, sondern des lebendigen Mitfühlens und Miterlebens war, stand die Idee des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt jeder politischen Arbeit. Von dieser Zentralidee aus kämpfte er für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, aller Klassen und Schichten, trat er in Deutschland und im Ausland für die Annäherung und Verständigung der Nationen ein. Auch im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten stand dieser Hauptmann in der vordersten Front. Für den demokratischen Gedanken, für die Entwicklung der parlamentarischen Republik, für die deutsche Nation, ist sein Tod ein herber Verlust.

Wie aus Karlsruhe telegraphiert wird, ist in Baden die Trauer um Ludwig Haas allgemein. Als Mensch wie als Politiker genoß er in ganz Baden außerordentlich hohes Ansehen. Auch seine politischen Gegner schätzten seine von Idealismus getragene Selbstlosigkeit. Die gesamte Presse Badens bis zu den Blättern, die ausgesprochen rechts stehen, gedenkt in ausführlichen Nachrufen des Wirkens des Verstorbenen und erinnern daran, daß Haas es war, der in den Revolutionstagen 1918 mit Einsatz des eigenen Lebens für Leib und Leben der damaligen großherzoglichen Familie eintrat. Bei Ausbruch der Revolution wurde Haas vorläufiger Volkskommissar, Minister des Innern und damit zugleich Polizeiminister. Als am 11. November 1918 eine Matrosengruppe Schüsse auf die Schloßfassade abgab, eilte Haas persönlich in die Eingangshalle des Schlosses und wehrte mit einer Abteilung Soldaten den Angriff ab. Zugleich sorgte er für die unbehelligte Abreise des Großherzogpaars.

Die Deutsche Staatspartei und der Antisemitismus.

Die in diesen Tagen neugegründete Deutsche Staatspartei, in der sich bekanntlich die Demokratische Partei und die mit dem Jungdeutschen Orden verbundene Volksnationale Vereinigung mit einigen anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, rief wegen der Verbindung mit der Volksnationalen Vereinigung in einem Teil der Demokratischen Partei eine unklare und mit Zweifeln beladene Vorstellung in bezug auf die jungdeutsche Mythologie in Rassefragen hervor. In der Abstimmungsaussprache des demokratischen Parteiausschusses forderte der stellvertretende Vorsitzende des Central-Vereins Dr. Bruno Weil ein klares Bekenntnis, daß der Antisemitismus in der neuen Partei keinen Raum habe. Anläßlich der Vorgänge im demokratischen Parteiausschuß über die neue Staatspartei und ihre Stellung zum Antisemitismus befragt, teilt Dr. Bruno Weil der JTA. mit:

Die neue Partei ist aus der Vereinigung der alten Demokratischen Partei mit der vor etwas mehr als Jahresfrist gegründeten Volksnationalen Vereinigung, einer Anzahl christlicher Gewerkschaftler und junger Volksparteiler hervorgegangen. Bei der stattgehabten Beratung des demokratischen Parteiausschusses ist die Frage nach der Stellung der neuen Partei zur Judenfrage mehrfach aufgeworfen worden. Die Volksnationale Vereinigung nimmt an sich Mitglieder ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses auf, steht aber im personalen Zusammenhang mit dem Jungdeutschen Orden, in dessen Bestimmung der Arierparagraph enthalten ist. In seinem Referat wies der frühere Minister Erich Koch-Weser darauf hin, daß der Vorsitzende der Volksnationalen Vereinigung es als Verleumdung erklärt habe, wenn man ihn des Antisemitismus beschuldige. Er selbst, Koch, werde unter keinen Umständen in einer Organisation mitwirken, die irgendwie judenfeindlich sei. In der Diskussion habe ich dann nochmals auf die Bedenken hingewiesen, aber gleichzeitig erklärt, daß, wenn in der Gesinnung der Volksnationalen Vereinigung eine Wandlung eingetreten sei, dies vom allgemeinen und jüdischen Standpunkte aus begrüßt werden soll. Die jüdischen Demokraten schlossen sich der neuen Partei in der Hoffnung an, daß auch die aus anderen Lagern kommenden Personen sich von jedem Vorurteil gegen Juden frei fühlen und in der sicheren Erwartung völliger Gleichberechtigung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm eine ganze Reihe nichtjüdischer Redner, darunter die Reichstagsabgeordnete Frau Bäumer und der Landtagsabgeordnete Grzimek, in gleichem Sinne Stellung. Die deutschen Juden werden es begrüßen, wenn in der Tat ein nicht unwichtiger Teil des deutschen Volkes sich vom Antisemitismus abwendet. Sie arbeiten an der neuen Partei vertrauensvoll mit, in der Erwartung, daß die gute Tradition der Demokratischen Partei hier fortgesetzt wird. Es ist im übrigen noch zu bemerken, daß der Jungdeutsche Orden schon seit geraumer Zeit in heftigem Kampf gegen Hitler und seine Scharen steht und daß die neue Partei die Führung des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bewegung übernehmen will.

*

Ein Schreiben der Staatspartei an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Die Deutsche Staatspartei richtete an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das folgende Schreiben:

„Die Deutsche Staatspartei hat von vornherein in ihrem Aufruf und in den Darlegungen ihrer Führer erklärt, daß sie ohne politische und konfessionelle Engherzigkeit und ohne Klassengebundenheit ihre Tore weit geöffnet hält. Das bezieht sich nicht nur auf die Mitgliedschaft, sondern auch auf die führenden Stellungen in der Partei und in der künftigen Fraktion. Einig ist man sich nur darüber, daß den jungen Kräften aller Schichten eine weitgehende Mitwirkung an der Führung eingeräumt und daß die Deutsche Staatspartei ihren Willen entschlossen für die Verwirklichung der notwendigen großen Reformen einsetzen wird.

gez. Koch-Weser. gez. Dr. Winschuh."

Die Klagemauer-Kommission.



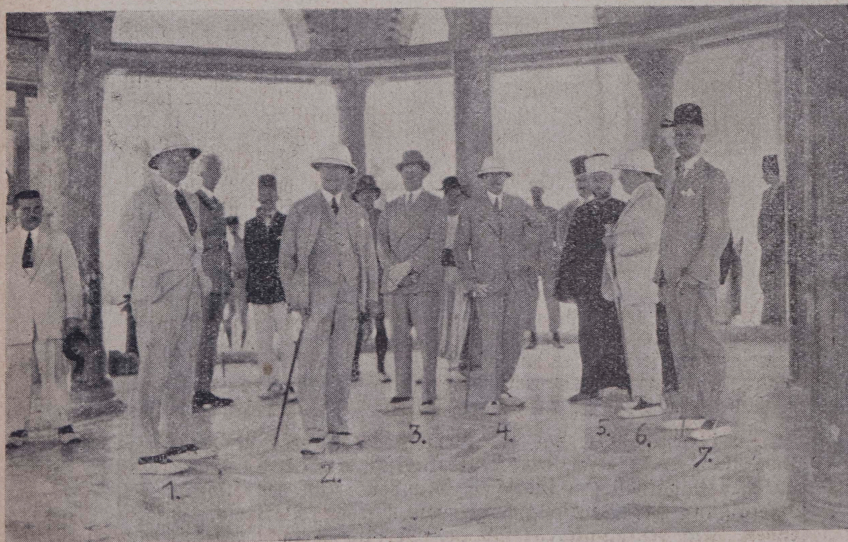
Die Mitglieder der Kommission. 1. Mr. Keith-Roach, Distriktkommissar von Jerusalem; 2. Mr. Barde, Schweiz; 3. Mr. M. Lofgren, Schweden; 4. Col. Mawrogordata, Polizeikommandant; 5. Mr. M. van Kempen, Holland.



Arabische Zeugen vor der Kommission.



Jüdische Zeugen vor der Kommission.



Die Kommission beim Verlassen der Omar-Moschee: 1. Sahlim, Sekretär der Kommission; 2. van Kempen; 3. Distriktsgouverneur Keith-Roach; 4. Barde; 5. Mufti Emir Hurseini; 6. Lofgren; 7. Ruchi Abdul Hadi, Stellvertreter des Gouverneurs von Jerusalem.



Blick auf die Klagemauer über die Dächer der benachbarten marokkanischen Hütten hinweg; die Menge der Beter während des Besuches der Völkerbundkommission in dem engen Raum vor der Mauer. Im Hintergrunde das stattliche Haus des Mufti.

Das Fürsorgewerk des Hilfsvereins der deutschen Juden.

Der Hilfsverein der deutschen Juden, der seit 1901 die sittliche, geistige und wirtschaftliche Hebung besonders der Juden im östlichen Europa und in Asien erstrebt und im vergangenen Jahre eine reiche Werbearbeit im ganzen Reiche entfaltete, veröffentlicht jetzt seinen Jahresbericht für das Jahr 1929. In diesem, durch eine Reihe von Bildern illustrierten Jahresbericht wird die jüdische Emigration geschildert, sowie das Hilfswerk für Rmänien, Bessarabien, Litauen, Polen, Türkei, Palästina und der Ukraine erörtert. Das Heft enthält weiter Schilderungen über das Hilfswerk für die jüdischen Studenten und Ukrainewaisen-Hilfswerk. Ueber die Aufwendungen des Hilfsvereins für das Jahr 1929 erfahren wir aus dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1929, daß im Jahre 1929 rund 300 000 Mark für die verschiedenen Hilfswerke, Studentenunterstützungen, Auswandererfürsorge usw., verausgabt wurden, wovon allein rund 108 000 Mark auf die Auswandererfürsorge entfallen. In dem Heft wird auch die Ansprache wiedergegeben, die Herr Dr. Ernst Feder auf der Jahresversammlung des Hilfsvereins am 30. März 1930 über „Politik und Humanität" gehalten hat und die mit folgenden, den Hilfsverein charakterisierenden Worten schließt: „Dieser große Verein, der in einem Umfange wie keine andere deutsche humanitäre Organisation Menschenhilfe geleistet, der in den Jahren vor dem Kriege Hunderttausende von Auswanderern durch Deutschland geführt, der in Palästina den riesengroßen Organismus geschaffen hat, er hat damit nicht nur ein großes humanitäres Werk geleistet, sondern zugleich ein großes politisches Werk. Gerade vor einem Jahre hat Max Warburg auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die die Weltverbundenheit unserer Zeit, die unsere Zeit von allen anderen Epochen der Menschheitsgeschichte unterscheidet, wie auf alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, so auch auf alle charitativen Leistungen ausübt. So ist auch die Hilfsarbeit, die der Verein leistet, in den Ländern des Ostens, wenn sie auch nicht politischen Motiven entspringt, sondern den Motiven der Menschenhilfe und der Menschenliebe, ein politisch eminent wichtiges, eminent bedeutungsvolles und darum ein ebenso deutsches wie jüdisches Werk. Es ist ein dauernder Ruhmestitel des Hilfsvereins, daß er, geleitet von klugen, voraussehenden, gütigen Männern, der zweckmäßig organisierten Humanität geschaffen und zu einem großen Teil verwirklicht hat.

Das Frauenbad (Mikwa).

Von Rabbiner M. Findling-Elberfeld.

Es gibt wohl kaum eine Institution im Judentum, die eine derartige Bedeutung für das Eheleben und darüber hinaus für das jüdische Gesamtleben besitzt, wie die Mikwa.

Die Thora zählt eine ganze Reihe von Geboten auf, in denen der Mensch nach gewissen Handlungen als „unrein" bezeichnet wird. Erst nach der Benutzung der Mikwa wurde er dann wieder „tohaur=rein" und durfte in die Menschengemeinschaft eintreten. Bis auf zwei Gesetze haben diese Reinheitsgesetze nach der Zerstörung des Tempels ihre Gültigkeit verloren.

Das eine heute noch bestehende Gebot ist das „Niddagesetz" (Reinheitsgesetz), das das Eheleben zwischen Mann und Frau regelt. Zu gewissen Zeiten ist der Eheverkehr verboten und erst wieder gestattet, nachdem die Frau die Mikwa besucht hat.

In früheren Zeiten wurde dieses Gesetz überall sehr streng eingehalten, das beweisen die vielen altertümlichen Frauenbäder in Süd- und Westdeutschland. Das berühmteste ist wohl das alte Bad in Worms. Es ist im 11. Jahrhundert erbaut und besitzt einen frühromanischen Stil. Ungefähr 10 Meter tief unter der Oberfläche befindet sich heute noch die Quelle, dessen Wasser einen Wärmegrad von 8 Grad besitzt. Ein Gewölbegang führt uns auf 41 Stufen hinab zur Quelle. Als Mikwawasser verwendet man nur Quell- oder Regenwasser.

Auch in anderen Städten befinden sich Tauchbäder, die Denkmäler frühromanischer Kunst sind, wie in Friedberg (Hessen) und in Andernach (siehe Bädecker).

Der Sinn dieses Reinheitsgesetzes liegt vor allem im Erzieherischen. Heiligt Euch! steht zur Einleitung dieses Gesetzes. Sogar das Tierische in uns sollen wir heiligen. Indem der Eheverkehr an bestimmte religiöse Handlungen gebunden ist, wird er aus dem tierisch Triebhaften herausgenommen und zu einer religiös sittlichen, zu einer gottgewollten Handlung gestempelt. Heiligt Euch! Nur dadurch konnte das Idealbild der jüdischen Frau, der „Ischo Znio" entstehen.

Darüber hinaus können wir einen inneren Zusammenhang zwischen den göttlichen Geboten und der menschlichen Natur feststellen.

Greifen wir wiederum zum Einleitungswort „Heiligt Euch" zurück. Heilig zu sein, ist aber im Judentum kein mystischer Begriff, keine Stufe, die der einzelne Mensch nicht erreichen kann.

Vor der Erfüllung der göttlichen Gebote sprechen wir aus „Gelobt seist Du Ewiger, der uns geheiligt hat, durch seine Gebote". Nach der Ansicht unserer Philosophen bedeutet dieses „Heiligsein" die Anerkenung, daß „Gott, der unseren Körper und unsere Seele erschaffen hat, uns durch seine Gebote auch den richtigen Weg gezeigt hat, den wir wandeln sollen, den Weg, der unserem ganzen Wesen, unserer geistigen und leiblichen Natur angemessen ist und der uns auch zu unserem höchsten Ziel führt, zum Seelenheil, zur sittlichen Vollkommenheit". (Albo in Ikarim.)

Gerade beim Niddagesetz zeigt sich der innere Zusammenhang zwischen den göttlichen Gesetzen und der menschlichen Natur.

Das jüdische Volk zeichnet sich durch die Reinheit des Familienlebens aus. Diese ist in ihrem wesentlichen Grunde auf das Reinheitsgesetz zurückzuführen. Durch die Schranken, die zeitweilig aufgerichtet werden, wird die innere Anhänglichkeit zwischen den Ehegatten dauernd erhalten. Daraus entspringt die eheliche Treue und damit die Reinheit des Familienlebens.

Der Talmud (Nidda 31a) bringt hierüber folgendes: „Es lehrte Rabbi Meir: Warum hat die Thora befohlen, daß die Nidda 7 Tage unrein sein soll, weil eine Sache, deren sich der Mensch dauernd bedient, ihm schließlich überdrüssig wird; darum sagte die Thora, daß die Ehefrau dem Gatten 7 Tage unrein sein soll, damit er sie innigst liebt, wie am Tage, da er sie unter die Chupo führte". Diese Tatsache ist eine Erscheinung, die in der menschlichen Natur begründet ist.

Neuere Forscher haben die Bedeutung der Nidda- und Mikwavorschriften vom sozial-hygienischen Standpunkt aus beleuchtet. Sie erkennen in ihnen eine der wesentlichsten Ursachen für die Erhaltung und die Vorzüge der jüdischen Rasse. Ganz abgesehen von ihrer religiös-ethischen Seite haben diese Gesetze dazu beigetragen, daß das jüdische Volk trotz der Ungunst der äußeren Verhältnisse in seinem innersten Kern gesund, lebenskräftig und fruchtbar geblieben ist. Auch die ganz ungewöhnlichen „Akklimationsfähigkeiten der Juden", die oft beobachtete Immunität gegen gewisse Krankheiten, führen sie zum Teil auf das Reinheitsgesetz zurück. (Nossig: Die Sozialhygiene der Juden.)

Zum Tode Siegfried Wagners.

Berlin. (JTA.) Der Jüdischen Telegraphen-Agentur wird geschrieben: „Siegfried Wagner, der Sohn seines großen Vaters Richard, ist mitten in den Bayreuther Festspielen, die in diesem Jahr zum ersten Mal nach dem Kriege besonders glanzvoll verliefen, gestorben. Die in Bayreuth im Jahre 1924 veranstalteten Festspiele hatten ganz unter nationalistischem Einfluß gestanden und dadurch den Protest insbesondere jüdischer Kreise Deutschlands hervorgerufen. Siegfried Wagner hat dann nach langen Verhandlungen im Februar 1925 in einem an Dr. Bruno Weil gerichteten Briefe seine völlige Vorurteilslosigkeit unterstrichen und erklärt, daß jeder, welchen Glaubens und welcher Abstammung er auch sei, in Bayreuth willkommen sein werde. Er versprach damals, dafür zu sorgen, daß die Festspiele von jedem parteipolitischen Einfluß gelöst würden. Dieses Versprechen hat er auch gehalten und sich persönlich durch die ganzen Jahre hindurch bemüht, in versöhnlichem und vorurteilslosem Sinne zu wirken. Die in der amerikanischen Presse gegen Bayreuth periodisch auftauchenden Angriffe haben ihn immer erneut zu lebhaften Protesten, insbesondere gegenüber seinem Freunde Dr. Weil, veranlaßt. Die Darstellungen der amerikanischen Presse waren berechtigt, soweit es sich um die Stadt Bayreuth selbst handelt, in der die Nationalsozialisten unter Hitler einen großen Einfluß gewonnen haben. Auf dem Festspielhaus selbst hat man in diesem Jahre, um dem Widerstreit der Meinungen zwischen der alten und der republikanischen deutschen Fahne zu entgehen, eine eigene für das Haus Wagner geschaffene Hausflagge aufgezogen. Einer seiner letzten Briefe an Dr. Weil ist eine bewegliche Klage darüber gewesen, daß in der Londoner „Jewish Chronicle" er als Hitlerianer dargestellt wurde. Hoffentlich werden sich seine Erben — nach dem so frühen Heimgang Siegfried Wagners — bemühen, die Festspiele im Sinne der konfessionellen Vorurteilslosigkeit weiter zu führen und Bayreuth damit seine alte Anziehungskraft auf die zahlreichen Zuhörer aus allen Ländern, die gewohnt sind, zu den Festspielen zu pilgern, erhalten."

Ein wichtiger Schritt der Berliner jüdischen Gemeinde

Angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden hat der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde in seiner letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Versuch zu unternehmen, eine einheitliche Front der Abwehrbewegung des deutschen Judentums zu schaffen.

Zu diesem Zweck hat der Gemeindevorstand eine Konferenz einberufen, zu welcher die Zentralvorstände des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gebeten wurden, Vertreter zu entsenden. Auf der Konferenz soll der Versuch gemacht werden, alle Kräfte des deutschen Judentums für den Kampf gegen die antisemitische Hochflut zusammenzufassen.

Die Ablehnung eines Schöffen wegen jüdischer Abstammung durch ein Hamburger Gericht.

Berlin. (J. T. A.) Vor einigen Tagen teilten die Zeitungen den folgenden Vorfall mit: Vor einem Hamburger Gericht stellte ein nationalsozialistischer Angeklagter die Frage, ob sich unter den Schöffen „Jesuiten, Juden oder Freimaurer" befinden. Das Gericht unterbrach die Verhandlung und teilte nach der Wiederaufnahme mit, daß einer der Schöffen einen jüdischen Vater habe. Daraufhin lehnte der Angeklagte diesen Schöffen ab. Das Gericht gab dem ablehnenden Antrag Folge und vertagte die Verhandlung. Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt dazu: Ein Richter ist nur dann abzulehnen, wenn Befangenheit oder Voreingenommenheit offenkundig vorausgesetzt werden kann. Wodurch aber wird Befangenheit „offenkundig"? Ganz fraglos nicht allein durch die Rassenzugehörigkeit. Denn in diesem Falle könnte es dazu kommen, daß — um auf das Rassenbrevier der Nationalsozialisten zurückzugreifen — ein sogenannter Oste einen westischen Richter, ein Germane einen Richter romanischen Geblüts ablehnt. Die besondere Seite dieses Falles ist, daß ein Gericht die lediglich provokatorische Fragestellung des Angeklagten nach der Abstammung nicht glatt von der Hand wies, sondern sich — was zugleich die lächerliche Seite ausmacht — von der selbstherrlichen Arroganz des Angeklagten überrumpeln ließ, ohne die juridisch notwendige Begründung offenkundiger Befangenheit zu verlangen.

Die Deutsche Volkspartei und das Hakenkreuz.

Berlin. (J. T. A.) Das „Berliner Tageblatt" forderte vor einigen Tagen den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, auf, sich darüber zu äußern, ob er im nächsten Reichstag jede direkte oder indirekte Verbindung mit den Nationalsozialisten ablehnen werde oder nicht. Würde er, lautete die Frage, eine Regierung mit den Hitlerleuten nach thüringischem Muster mitmachen, oder unterstützen, um die Bildung der großen Koalition zu verhindern, für die im nächsten Reichstag ziemlich sicher eine Mehrheit vorhanden sein wird? Herr Dr. Scholz, schreibt nun das „Berliner Tageblatt", hat bisher keine Antwort auf diese Frage gegeben; inzwischen aber ist eine andere, zwar unpersönliche, aber glaubwürdige Antwort des Dr. Scholz bekannt geworden: er hat, gemeinsam mit den Führern der anderen Rechtsparteien, in den Verhandlungen der Deutschen Staatspartei es abgelehnt, auf ein zukünftiges Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu verzichten, und dadurch auch die Fusionsbemühungen der bürgerlichen Parteien zum Scheitern gebracht. Das „Berliner Tageblatt" begrüßt es, daß dadurch die notwendige Klärung erreicht worden ist.

Die Siemens-Werke ein Hort des Nationalsozialismus.

Berlin. (JTA.) Graf Ernst zu Reventlow äußert sich in der von der Reichstagsfraktion der Hitler-Partei herausgegebenen „Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz" gegen die Abbaumaßnahmen der Siemens-Betriebe und spricht in diesem Zusammenhang von dem „Demokraten Carl Friedrich von Siemens". Dazu bemerkt die „Voss. Zeitung": „Carl Friedrich von Siemens ist nach der Revolution der Demokratischen Partei beigetreten. Es hat sich aber bald gezeigt, daß dieser Sohn eines großen und freiheitlichen Vaters kein Verständnis für die Aufgaben einer Partei besaß, die sich bemühte, Brücken der Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlagen. Sein vor sechs Jahren erfolgter Austritt aus der Partei war nur die äußere Bestätigung eines längst vollzogenen Bruchs. In den Siemens-Werken werden, wie von den verschiedensten Seiten behauptet wird, die rechtsradikalen Kreise geflissentlich gefördert. Insbesondere werden die Parteigenossen des Grafen Reventlow bei Einstellungen und Beförderungen bevorzugt. Die kommunistische Presse behauptet sogar, daß das Mitgliedsbuch der Hitler-Partei sozusagen obligatorisch sei, wenn man eine Anstellung finden wolle. Von anderer Seite wird berichtet, daß im Machtbereich der Siemens-Werke Bücher und Zeitungen fortschrittlichen Gepräges ausgeschlossen seien."

Nächtliche Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und jüdischen Sportlern.

Berlin. (JTA.) Wie „Der Abend" meldet, kam es in der Nacht zum 1. August gegen ¾1 Uhr und dann wieder gegen 2 Uhr zu Schlägereien zwischen einer Gruppe halbwüchsiger Nationalsozialisten und einigen jüdischen Sportlern Unter den Linden. Bei dem ersten Zusammenstoß wurden vier bis fünf jüdische Sportler von ungefähr 20 Nationalsozialisten angefallen und in die Flucht geschlagen. Einer der Sportler wurde erheblich verletzt. Bei dem zweiten Zusammenstoß wurden ein Nationalsozialist und ein Unbeteiligter verletzt.

Jüdische Jugendtagungen in Genf. – Ein Gruß Einsteins.

Genf. (JTA.) Am Sonntag, den 3. August, wurde in Genf der für eine viertägige Tagungsdauer berechnete dritte Kongreß der „Union Universelle de Jeunesse Juive" (Weltverband jüdischer Jugend) in der Aula der Genfer Universität eröffnet. Die Eröffnungsrede hielt der Vorsitzende der „„Union", Aimé Pallier. Gleichzeitig mit diesem Kongreß findet eine jüdische Jugendtagung auf breiterer Basis statt, an der sich neben der „Union Universelle de Jeunesse Juive" noch eine größere Zahl der „Union" nicht angehörender jüdischer Jugendverbände beteiligt. Diese erweiterte Tagung ist von der „Union Universelle de Jeunesse Juive" (Paris), dem zionistischen Studentenverband „Avukah" (Newyork), dem Makkabi-Weltverband (Berlin), dem Schweizerischen jüdischen Jugendverband und einigen jüdischen Jugendverbänden Frankreichs einberufen worden. Diskussions-Themen sind: 1. „Die verschiedenen Tendenzen der jüdischen Jugend im Zusammenhang mit dem Problem der Assimilation", 2. „Was ist gegen Antisemitismus, Entjudung und die Gefahr der Uebertritte zu tun?", 3. „Synthese von Volk und Religion im Judentum", 4. „Was bedeutet die Wiedererrichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Bewußtsein im allgemeinen, und die Renaissance-Bestrebungen der jüdischen Jugend im besonderen?" Der Generalsekretär der Union Universelle de Jeneusse Juive" hatte in Genf eine Unterredung mit Professor Albert Einstein, der sich als Teilnehmer an der Sitzung des Völkerbundskomitees für internationale geistige Zusammenarbeit in Genf befindet. Professor Einstein bedauerte, daß ihm seine Dispositionen nicht erlauben, bis zum Zusammentritt des Kongresses in Genf zu verbleiben. Er sprach die Hoffnung aus, daß die jüdische Jugend auf dem Wege, der dem jüdischen Ideal des Friedens, der Brüderlichkeit und der Gerechtigkeit entspricht, führend vorangehen wird.

Kundgebung der Mittelpartei. Der Vorstand der religiösen Mittelpartei für Einheit und Friede in der Gemeinde Berlin hat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1930 den folgenden Beschluß gefaßt: Im Spätherbst d. J. sollen in Preußen die Wahlen zum Landesverband der jüdischen Gemeinden, in Berlin und in anderen Städten die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattfinden. Gemäß unserer Zielsetzung, die überparteilich darauf hinausläuft, Kämpfe und Spaltungen im jüdischen Gemeindeleben beseitigen zu helfen, fordern wir in einer wirtschaftlich außerordentlich ernsten, politisch heftig bewegten Zeit alle an verantwortlicher Stelle stehenden jüdischen Männer und Frauen auf, sich mit heiligem Ernste dafür einzusetzen, daß die jüdischen Wahlen durch irgend einen für alle Teile erträglichen Ausgleich vermieden werden. Die für einen Wahlkampf erforderlichen erheblichen Geldmittel sind zur Linderung der Not und des Elends unter den deutschen Juden, sowie zur Bekämpfung des immer mehr sich ausbreitenden Antisemitismus weit zweckmäßiger und gerechtfertigter zu verwenden. Der Vorstand der Mittelpartei wird persönlich alles bis zum letzten einsetzen, um die Parteien zu bestimmen, von einem Wahlkampfe abzusehen. Er bittet seine Parteifreunde, wo immer sie Einfluß haben, ihn in seinen Bestrebungen in geeigneter Weise zu unterstützen und mit für die Ausschaltung eines unter den gegenwärtigen Verhältnissen unverantwortlichen Wahlkampfes besorgt zu sein.

Tragödie nach einer Rettung.

In Tel-Awiw in Palästina endete der mutige Rettungsversuch eines städtischen Kanalisationsarbeiters auf tragische Weise mit dem Tod des Retters und mit dem freiwilligen Tode des Geretteten. Bei der Reinigung der Kanalisationsanlagen fiel ein Arbeiter in den Schacht. Sein Kollege sprang sofort nach, half dem Verunglückten ins Freie, blieb jedoch selbst stecken und erstickte. Auf die Nachricht vom Tode seines Lebensretters sprang der Ueberlebende von neuem mit dem Rufe in den Schacht: „Ich will mit meinem Freunde zusammen sterben!" und konnte trotz sofortiger Hilfeleistung nur als Leiche wieder ans Tageslicht befördert werden.

Die Klagemauer-Kommission hat Palästina verlassen. Simpson verläßt am 27. Juli Palästina.

Jerusalem. (J. T. A.) Die Klagemauer-Kommission hat am Sonnabend, den 19. Juli, spät abends Jerusalem verlassen. Vertreter der Regierung, sowie Vertreter der Juden und Araber hatten sich zur Abreise der Kommission eingefunden.

Beim Abschluß der Verhandlungen der Klagemauer-Kommission gab der Vorsitzende, Loefgren, in seiner Schlußrede die Anregung, daß der Kommission bis zum 1. September Vorschläge gemacht werden, die geeignet sind, eine arabisch-jüdische Verständigung in der Klagemauer-Frage herbeizuführen.

Wie der JTA. aus Jerusalem telegraphiert wird, wird Sir John Hope Simpson Palästina am 27. Juli verlassen.

Aus der Gemeinde Bremen

Die nächste Ausgabe des Jüdischen Gemeindeblattes erscheint am 3. September. Redaktionsschluß 29. August 1930.

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7", zu senden.

Gebetzeiten.

Wochentags morgens .... 7 Uhr
abends .....19 Uhr

Neumondstage Ellul:
Sonntag, den 24. und Montag, den 25 August.

Sabbat Freitag 15. Aug. 19^{30} Uhr
Freitag, 22. Aug. 19^{30} Uhr
Freitag, 29. Aug. 19^{15} Uhr
Sonnabend morg. 8 Uhr
Predigt od. Schrifterklär. 9^{30} Uhr
Mincha: 16. Aug. 20 Uhr
23. Aug. 19^{40} Uhr
30. Aug. 19^{20} Uhr
Nacht: 16. Aug. 20^{38} Uhr
23. Aug. 20^{19} Uhr
30. Aug. 20^{05} Uhr

Sabbat	Thora-Vorlesung	
16. August...	Ekeb (5. Moses 7^{12}—11^{25})	
22. Aw.	Haftara: Jesaja 49^{14}—51^{3}	Perek 4
23. August...	R'ëi (5. Moses 11^{26}—16^{17}) Neumondsweihe, **Predigt**	
29. Aw.	Haftara: 1. Samuel 20^{18}—20^{42}	Perek 5
30. August...	Schoftim 5 Moses 16^{18}—21^{9})	
6. Ellul	Haftara: Jesaja 51^{12}—52^{12})	Perek 6

Amtliche Bekanntmachungen des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Gottesdienst an den Hohen Feiertagen 5691.

Der Zutritt zur Synagoge und zum Betsaal in der „Union" ist wie bisher nur gegen Lösung einer Eintrittskarte zulässig. Laut Beschluß des Vorstands und Gemeinderats wird der Platzkartentarif endstehend bekanntgegeben.

Es bleibt Minderbemittelten anheimgestellt, Anträge auf Herabsetzung oder Erlaß der Gebühren einzureichen; die Einreichung hat unter Beifügung einer ausführlichen Begründung bis zum 1. August an den Gemeindevorstand zu erfolgen. Später eintreffende oder ungenügend begründete Gesuche sind zwecklos.

Um Gemeindemitgliedern eine Erleichterung der Zahlung zu ermöglichen, ist das Gemeindebüro angewiesen, ratenweise Vorauszahlungen auf Platzkartengebühren anzunehmen. Die Aushändigung der Karten geschieht nach Entrichtung der vollen Gebühr.

Vorbedingung für die Ausfertigung von Eintrittskarten ist die Mitgliedschaft zur Gemeinde. Sofern keine Stundungsgenehmigung vorliegt, muß das Steuerkonto geordnet sein.

Eine Kartenausgabe an in Bremen wohnende Nichtmitglieder oder deren Angehörige ist ausgeschlossen.

Bremen, 15. Juli 1930.

Der Vorstand der Israelitischen Gemeinde.

Platzkarten-Gebühren 1930.

	Monatliche Gemeindesteuer	Gemeinde-Mitglied RM	Ehefrau RM	Minderjähr. nicht mehr schulpflicht. Kinder RM	Schüler der Religionsschule RM
I	bis RM 2.50	3.—	3.—	1.—	0.50
II	RM 3.— bis 5.—	5.—	5.—	1.—	0.50
III	RM 6.— bis 15.—	10.—	10.—	1.—	0.50
IV	RM 20.— bis 25.—	15.—	15.—	2.—	0 50
V	RM 30.— bis 50.—	20.—	20.—	3.—	0.50
VI	über RM 50.—	25.—	25.—	5. –	0.50

Die Frist zur Einreichung von Anträgen betr. Gebühren-Ermäßigung für Platzkarten an den Hohen Feiertagen wird bis zum 15. August 1930 verlängert.

Bremen, 30. Juli 1930. **Der Vorstand.**

Sprechzeiten in den Verwaltungsbüros.
Fernruf: Domsheide 2 85 88.

Gemeindevorstand (Konferenzzimmer Gartenstraße 7): werktags 10—11 Uhr.

Wohlfahrtspflege (Gartenstraße 6, part.): Montag und Donnerstag 9—12 Uhr.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend).
17. August: Carl Neumark.
19. August: J. Fischhof.
22. August: J. v. Geldern.
27. August: Dr. J. Rosenak.
30. August: Heini Sprey.
2. September: Alfred Marcus Cohen.

Wer zu Hause kein Jahrzeitlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die Gedächtnis-Licht-Einrichtung in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Familien-Nachrichten.

Bevorstehende Eheschließung: Fräulein Martha Weißbraun, Tochter des Herrn Leon Weißbraun und Frau, Luci, geb. Torczyner, Roßstraße 16, mit Herrn Joseph Dreßler aus Cuxhaven, am 24. August.

Geboren: Ein Sohn: Salomon Sprei und Frau Emma, geb. Ginsberger, Parkstr. 69; am 9. August.

Geboren: ein Sohn: Willy Stein und Frau, Lotty, geb. Blank, Schleifmühle 27, am 4. August.

Verlobte: Edith Schocken, Bremerhaven, mit Dr. Walter Elkeles, Berlin.

Bremer Nachrichten.

Jahrzeit. Der Kranken-Wohltätigkeits-Verein hat das Bestreben, jedem Gemeindemitglied zur Ermöglichung der synagogalen Jahrzeitfeier zu verhelfen. Durch Zustellung schriftlicher Benachrichtigungen mit Angabe der gottesdienstlichen Zeiten wird auf jede Jahrzeit aufmerksam gemacht. Wenn diese Mitteilungen nicht jeden erreichen, so liegt dies daran, daß nur ein Teil der Mitgliedschaft die Jahrzeittage gemeldet hat. Voraussetzung ist, daß die Mitglieder durch Zahlung des Jahresbeitrags von 12 Mk. auch tatsächlich der Chewra Kadischa angehören.

Religionsschule. Nach Beendigung der großen Ferien beginnt der Unterricht in der Religionsschule am Montag, 18. August.

Haushalt und Handwerk benennt sich die hauswirtschaftliche Ausstellung, die seitens des Bremer Hausfrauenvereins vom 30. August bis zum 7. September in den Zentralhallen veranstaltet wird. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 22 Uhr geöffnet. Da sie in ihrer Vielseitigkeit sehr interessant und sehenswert ist, sollte es keine Familie versäumen, die Ausstellung zu besuchen; es wird z. B. eine Porzellanfabrik, eine Baumwollweberei, eine Teppichknüpferei usw. in voller Tätigkeit gezeigt werden. Zum Besten der Erholungshilfe des Hausfrauenvereins wird eine Verlosung mit der Ausstellung verbunden sein.

Uebernachtungskarten für Durchwanderer sind während der Dienststunden im Gemeindebüro, sonst beim Hauswart der Synagoge erhältlich. Verpflegung erfolgt gegen Wohlfahrtsscheck.

Synagogen-Spenden. Beim Einkassieren von Spendengeldern stoßen die Inkassobeamten häufig auf Schwierigkeiten. Wer Spenden gelobt hat, ist auch verpflichtet, sie zu bezahlen. Die Beamten sind angewiesen, Spenden mindestens allwöchentlich einmal einzukassieren; findet durch Verschulden des Inkassobeamten eine Ansammlung der Spenden-Quittungen statt, so wird um sofortige Mitteilung an den Vorstand gebeten.

Tischo be-aw. Die Feier zur Erinnerung an die Zerstörung des Tempels begann in diesem Jahre am Ausgang des Sabbats. Es war von jeher Sitte, die Synagoge am Tischo be-aw stillschweigend und ohne Begrüßung zu betreten und zu verlassen. Bedauerlicherweise schien vielen der zahlreicher als sonst anwesenden Frauen diese Sitte unbekannt zu sein. Dieser Hinweis möge indes genügen, damit in kommenden Jahren die Tradition besser gewahrt werde.

Das Israelitische Waisenhaus „Esrath Jessomim" in Emden bringt seinen für das kommende Jahr gültigen Kalender zur Versendung. Das vorbildlich geleitete Waisenhaus verdient die Anerkennung aller jüdischen Kreise des nordwestdeutschen Bezirks. Spenden beliebe man auf Postscheckkonto 16 763 Hannover an Herrn Moritz v. d. Berg in Emden zu überweisen, der auch gern bereit ist, über die Errichtung von „Jahrzeit-Stiftungen" Auskunft zu erteilen.

Für die Hohen Feiertage, die am Vorabend des 23. September beginnen, werden in den nächsten Tagen die zur Anmeldung von Platzkarten erforderlichen Formulare an sämtliche Gemeindemitglieder verteilt. Die Gemeindeverwaltung erinnert daran, daß nur bei sofortiger Ausfüllung und Rücksendung eine geordnete Platzverteilung möglich ist. Jedes Gemeindemitglied möge es sich daher angelegen sein lassen, für postwendende Erledigung Sorge zu tragen.

Lehrstellen. Es ist nicht allgemein bekannt, daß bei der Israelitischen Gartenbauschule in Ahlem Lehrabteilungen für Gärtnerei, Schuhmacherei und Schneiderei bestehen. In den beiden erstgenannten Betrieben sind die Lehrstellen für den Herbst bereits besetzt, während in der Schneiderwerkstatt noch zwei Plätze frei sind. Interessenten wird Auskunft im Jüdischen Wohlfahrtsamt erteilt.

Austritt aus dem Judentum.

Adolf Ries, geboren 4. März 1899 zu Bremen, wohnhaft in Augustusburg.



Der Verlag trägt keine Verantwortung für die religionsgesetzliche Zulässigkeit der im Anzeigenteil gebrachten Mitteilungen und für die rituell einwandfreie Beschaffenheit der dort angezeigten Waren. Die Prüfung derartiger Angebote ist lediglich Sache unserer Leser!

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9, Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel.